

# Wertvolle Kali-Abwässer

**Länder-Beteiligung an Pipeline zur Nordsee zurückgewiesen/Alternative Technologien**

**Die Forderung des Leiters des Runden Tisches Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion, Prof. Dr. Hans Brinkmann (Presseinformation vom 10. September), die Anrainer-Bundesländer an der Finanzierung einer Fernleitung für Kali-Abwässer (Salzlauge) an die Nordsee mittels einer Kreditbürgschaft zu beteiligen, haben der Umweltpolitiker der Linksfraktion, Tilo Kummer, und Dr. Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz, entschieden zurückgewiesen.**

Nach Brinkmanns Vorstellungen sollte für den Bau der Pipeline eine Betriebsgesellschaft gegründet werden, die den 800 Millionen Euro Kredit problemlos erhalten könnte, „erst recht, wenn die Bundesländer für den Kredit bürgen“. Alternativen zur Pipeline seien technisch kaum machbar oder zu teuer. Dem hält Walter Hölzel konkrete Fortschritts-Technologien entgegen, die es unnötig machen, Kali-Lauge abzustößen, sondern vielmehr geeignet sind, sie zur Wertstoffproduktion zu nutzen – „die Abwässer sind viel zu wertvoll, um sie in die Nordsee zu kippen“. Für die LINKE in Thüringen und Hessen bedeutet die Haltung des Runden Tisches „ein neuer Kniefall vor dem Weltkonzern Kali+Salz“.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass die öffentliche Hand für Investitionen in Entsorgungstechnologien bürgen soll.“

Dies wäre ein Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik warnte Tilo Kummer, denn bisher gelte das Verursacherprinzip. Mit Blick auf die zu erwartenden Kosten für den Bau einer (übrigens auf etwa 1000 Jahre hin notwendigen) Nordsee-Pipeline zur Kali-Abwasserentsorgung „wäre dies eine Veruntreuung öffentlicher Gelder, betonte der Landtagsabgeordnete. Er veranschlagt



die Kosten auf etwa eine Milliarde Euro – außerdem müsste die Leitung alle 50 Jahre erneuert werden. Die Belastung des Thüringer Landeshaushalts durch die Mitfinanzierung ökologischer Altlasten ist bereits immens und verfassungsrechtlich bedenklich. Erinnert sei an den Rechtsstreit des Freistaats Thüringen mit dem Konzern Kali+Salz (K+S) in diesem Zusammenhang, weil sich das Land auf Grund der Nichtbeteiligung des Bundes Ende 2012 aus der weiteren Finanzierung zurückgezogen hat. Weil K+S im Frühjahr 2013 eine Feststellungsklage gegenüber Thü-

ringen vollzog, wurde die Finanzierung vorbehaltlich des Ausgangs der gerichtlichen Verfahren wieder aufgenommen. Als weiteres Risiko für das Land kommt hinzu, dass K+S bis heute den weiteren Altlastensanierungsbedarf und die damit zusammenhängenden Kosten nicht beziffern kann.

Bisher zahlte Thüringen an das Unternehmen rund 300 Millionen Euro. Welche Summen weiter auflaufen, ist völlig unklar. Erinnert sei daran, dass im letzten Jahr der Verfügungsrahmen des Sondervermögens Ökologische Altlasten per Gesetz erhöht werden musste, weil er bereits vor Ende der Laufzeit des Sondervermögens im Jahr 2016 ausgeschöpft war.

K+S ist neben dem Teersee Rositz der größte Nutznießer der Zahlungen aus dem „Sondervermögen“. Es ist hinlänglich bekannt, dass K+S einer der wirtschafts- und finanzstärksten der am globalen Markt präsenten Unternehmen der Kali- und Salzbranche ist.

Eine Aussage des Konzerns während einer Anhörung des Umweltausschusses zum Sondervermögen Ökologische Altlasten im Jahr 2011 war: „Da es sich bei der Finanzierung der Altlastenbeseitigung nicht um eine Zuwendung an K+S, sondern um eine vertragliche Verpflichtung des Freistaats Thüringen handelt, spielt die wirtschaftliche Lage der K+S Aktiengesellschaft für die Mittelbereitstellung keine Rolle.“ ■

## Kliniken-Fusion

„Die beabsichtigte Fusion der Rhön-Klinikum AG mit dem Helios Konzern ist ein Ausdruck dafür, dass die Gesundheit und die Krankenhausversorgung zur Ware geworden sind“, so MdL Jörg Kubitzki. Nach der Übernahme von 43 Kliniken der Rhön-Klinikum AG, darunter Krankenhäuser in Friedrichroda, Meiningen und Hildburghausen, wird Helios der größte private Klinikbetreiber in Europa. In Deutschland betreibt Helios dann als erster Anbieter ein flächendeckendes Kliniknetz und kann Angebote einführen, wie eine private Zusatzversicherung für gesetzlich Versicherte. „Damit steht im Gesundheitswesen nicht mehr der Patient im Vordergrund, sondern nur noch die Profitmaximierung. Wenn der neue Großkonzern den Krankenhausmarkt beherrschen wird, haben darunter in Thüringen vor allem die kleinen Krankenhäuser und Kliniken in kommunaler Trägerschaft zu leiden“, sagte der Gesundheitspolitiker. Die LINKE fordert eine bedarfsgerechte und solide Krankenhausfinanzierung, bei der die Bundespolitik in der Verantwortung ist.

„Bei der Krankenhausfinanzierung muss das System der Fallpauschalen (DRGs) verändert werden. Es muss künftig gewährleistet werden, dass nicht die Anzahl der Operationen in einem Krankenhaus, sondern die Heilung des Patienten im Vordergrund steht“, verlangte Jörg Kubitzki. ■

## Hoher Sanierungsbedarf an Landesstraßen

Fast 40 Prozent der Landesstraßen sind in einem schlechten und sehr schlechten Zustand. Dies musste die Landesregierung auf Anfrage der LINKE im Thüringer Landtag eingestehen. Mindestens 500 Millionen Euro wären erforderlich, um die Landesstraßen innerhalb von zehn Jahren in einen angemessenen Zustand zu versetzen. Doch seit 2010 steht nicht einmal die Hälfte der jährlich benötigten Mittel zu Verfügung. In der Folge entsteht ein neuer Investitionsstau, also der Straßenzustand wird immer schlechter. Gegenwärtig hat die Landesregierung kein Konzept zur Finanzierung der notwendigen Sanierung und Instandsetzung der Landesstraßen. Noch in diesem Jahr will die Landesregierung entscheiden, an welchen Stellen die geringen Mittel für die Straßensanierungen zum Einsatz kommen sollen.

„Für die LINKE ist es inakzeptabel, dass die Landesregierung einerseits zwar den Sanierungsbedarf an den Landesstraßen richtig beschreibt, andererseits aber keine Lösung des Finanzierungsproblems präsentiert werden kann“, betont der Landtagsabgeordnete Frank Kuschel. Er verweist darauf, dass die Linksfraktion bereits vor längerer Zeit die Finanzierung von Straßensanierungen über ein Modell des Sondervermögens vorgeschlagen hatte. Bei diesem Modell finanziert ein Landesbetrieb über Kredite die not-

wendigen Investitionen. Über den Landeshaushalt muss jährlich der Kapitaldienst (Tilgung und Zinsen) abgesichert werden. Beim jetzigen Zinsniveau könnten fast 150 Millionen Euro sofort in die Landesstraßen investiert werden. Die jährliche Belastung des Landes würde dabei bei rund 10 Millionen Euro liegen und sich damit in der Höhe bewegen, die das Land jetzt jährlich direkt in Straßensanierungsprojekten zum Einsatz bringt. „Dieser Vorschlag der LINKEN wurde bisher stets abgelehnt. Nun ist die Landesregierung am Zuge“, so Frank Kuschel abschließend. ■

## DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

### Irgendwas mit Medien

Thüringen und seine Medien – eine schier unendliche Leidensgeschichte? Ein paar Beispiele: Ich möchte morgens im Auto bei der Fahrt ins Büro eigentlich nur gute Musik hören, kein Geschwätz von „Sarah und Lars“ auf MDR Jump (oder ähnlichen selbsternannten Radio-Stimmungsgranaten). Und findet eigentlich irgendjemand das grenzdebile Jump-Format „Anruf vom Chef“ lustig, mit dem man jeden Freitag belästigt wird? Aber es geht noch viel schlimmer: Für den öffentlich-rechtlichen Sender MDR Jump ist es wenige Tage vor dem 22. September in den 7.30 Uhr-Meldungen eine „Nachricht“, dass Angela Merkel „heute das letzte Mal vor der Bundestagswahl in Sachsen-Anhalt“ sei. Dabei ist das in etwa so bedeutsam, als wäre in Merkels Garderobe gerade ein Hosenanzug vom Bügel gefallen...

Bei den Printmedien sieht es kaum qualitativ hochwertiger aus. Während sich die CDU-SPD-Regierungskoalition in Thüringen gegenseitig wegen diverser Gehaltsaffären äußerst öffentlichkeitswirksam zerlegt, fragt die größte regionale Zeitung (man wundert sich, aber das ist immer noch die Thüringer Allgemeine) auf Seite 1 nach einer Fernsehserie vom Vorabend („War so die DDR?“).

Da lobe ich mir die neuen Medien. MDR Thüringen meldete am 19. September nahezu in Echtzeit über Twitter, dass das Innenministerium gegen die CDU Thüringen ein Verfahren wegen Missbrauchs des Landeswappens einleiten werde. Und ohnehin wird inzwischen die komplette Landtagssitzung per Livestream im Internet übertragen. Auf diese Weise konnte (hoffentlich nicht nur) ich am 18. September durch einen Redner der CDU etwas sehr Wichtiges über die Personalpolitik in der Landesregierung lernen: „Bestenauslese heißt in der Staatskanzlei nicht, dass der mit den besten Noten eingestellt wird.“ ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.